



Christiane Schraml

Partizipative Demokratie

Empowerment der Zivilgesellschaft durch Community Organizing



Es ist Donnerstag, früher Abend und in der Senatsverwaltung für Bildung in Berlin sitzen dem Staatssekretär und seinem Abteilungsleiter für Schulentwicklung Menschen gegenüber, mit denen diese sonst wenig zu tun haben. Ein Vorstandsmitglied einer türkischen Moscheegemeinde, die Pastorin einer afrikanischen Christuskirche und die Leiterin einer arabischen Sprachschule für Kinder von über 500 Familien. Es geht um die Entwicklung der öffentlichen Schulen in ihrem Stadtteil. Sie sind Vertreter der Bürgerplattform „Wir sind da!“ Wedding/Moabit und sie sind nicht gekommen, um dem Staatssekretär nur ihre Sorgen und Nöte vorzutragen. Genug davon gibt es in ihrem Stadtteil, in dem bis zu 39% der Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen.

Stattdessen haben sie ein Angebot mitgebracht: Schule mit den Menschen vor Ort neu denken und entwickeln. Dafür haben sie lange mit vielen anderen ihre Erfahrungen zusammengetragen, sich mit Erziehern, Lehrern und Bildungsexperten zusammengetan und Konzepte entwickelt. Bürgerschule nennen sie das, was eine Schule aus und für den Kiez werden soll. Vor allem wollen sie ein neues Miteinander von staatlicher Schule, den Eltern und sozialen Gruppen vor Ort – daran hakt es nämlich besonders. Das gegenseitige Vertrauen fehlt. Lehrer klagen über desinteressierte Eltern und Schüler, diese wiederum über mangelndes und wenig motiviertes Personal. Das Ergebnis ist für alle Seiten frustrierend, für die betroffenen Kinder und Jugendlichen jedoch katastrophal. Ohne Schulabschluss sind die Aussichten darauf, für sich und eine Familie jenseits von Hartz IV ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen, nahezu aussichtslos. Das wollen die Mitglieder der Bürgerplattform ändern. Sie wollen mit anpacken, haben dafür Partner aus dem Bildungssektor mit ins Boot geholt und wollen dem Bildungssenat auf Augenhöhe begegnen, um gemeinsam neue Wege zu gehen.

Das Anliegen und Auftreten ist für die zuständigen Bildungspolitikern und -verwalter jedoch ungewöhnlich. Sie hören zu, überlegen und verhandeln. Am Ende ist ihnen die Sache dann aber doch nicht ganz geheuer. Die Rolle, die Eltern und dem Gemeinwesen im öffentlichen Schulsystem zugeordnet ist, ist eine andere. Und so empfiehlt der Staatssekretär den Engagierten, so eine Schule besser alleine, als Privatschule zu gründen. Ansonsten könne man sich ja immer noch an den bestehenden Schulen in der Elternvertretung engagieren.

Die Vertreter sind enttäuscht, lassen sich aber nicht entmutigen. Die Pastorin sagt: „Sie müssen noch lernen, dass wir ein Partner sind, dass man sich auf uns verlassen und mit uns

gut etwas erreichen kann. Wir sind doch Experten für unsere Sache, unsere Kinder und Familien.“

Dies ist eine von vielen Episoden aus der Praxis von Bürgerplattformen in Deutschland. In anderen Themen führte das Miteinander von Zivilgesellschaft und Politik weiter und zu guten Ergebnissen. Ob bei der Entwicklung des Jobcenters Berlin-Mitte, der Verteilung von Ärzten oder der Neugestaltung von öffentlichen Plätzen. Zuletzt schlossen die Bürgerplattformen in Berlin sogar mit dem Reg. Bürgermeister Michael Müller ein öffentliches Bündnis für die zukünftige Zusammenarbeit (vgl. Der Tagesspiegel 2015). Immer geht es dabei um die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft für die Entwicklung der lokalen Gemeinwesen und Städte. Die Grundidee dieser Arbeit basiert auf dem Handlungsansatz des Community Organizing.

Community Organizing

Community Organizing ist ein Sammelbegriff für Theoriebezüge und Handlungspraxen, die sich mit der Entwicklung des lokalen Gemeinwesens beschäftigen. Die Wurzeln dafür liegen in den USA. Ausgehend von der Settlement-Bewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert entwickelte sich eine Tradition, die die Selbstorganisation und das Empowerment von Menschen und lokalen Strukturen in den Fokus rückten (vgl. Betten/Austin 1990). Eine wesentliche Konturierung fand in den 1930er und 1940er Jahren in Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung vor allem in den Städten an der Ostküste der USA statt. Maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des heutigen Community Organizing hatte die Arbeit von Saul D. Alinsky (1909–1972) (Alinsky 1989 und 1991).

Saul D. Alinsky wuchs zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem jüdischen Elternhaus in einem überbevölkerten und



verarmten Stadtteil von Chicago auf. Er studierte an der University of Chicago Archäologie sowie Kriminologie und wurde durch die Arbeit der Chicago School of Sociology geprägt. Inspiriert durch die Gewerkschaftsarbeit setzte Alinsky die dort erlernten politischen Taktiken nicht mehr nur für die Organisation von Arbeitnehmergruppen, sondern für ganze Stadtgebiete ein. 1938 begann Alinsky das Stadtgebiet „Back of the yards“ in Chicago zu organisieren. In diesem Gebiet lebten 90.000 Menschen, die zum Großteil verarmte, osteuropäische Einwanderer waren. Der Stadtteil war als „Meatpacking District“ bekannt, da dort vor allem Schlachthöfe und fleischverarbeitende Industrie angesiedelt waren. Industrialisierung und Masseneinwanderung zeigten hier ihre sozialen Folgen. Es kumulierten schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen, Abhängigkeit von den Unternehmern und Arbeitslosigkeit. Das Viertel war als „Slum“ bekannt und diente Upton Sinclair als Vorlage für seinen berühmten Roman „The Jungle“.

Trotz zahlreicher Kritiker und Hindernissen gelang es Alinsky, dort die Organisation „Back of the Yards Neighborhood Council“ (BYNC) zu gründen, in der sich unterschiedliche Gruppen, Institutionen und Gemeinden des Stadtgebietes zusammenschlossen, um für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse einzutreten. Alinsky hierzu: „Mein erster Einsatz war es, die Gegend Back of the Yards in Chicago zu organisieren, einen der verwerflichsten Slums im ganzen Land. (...) Was ich versuchen wollte, war, die Organizing-Techniken, die ich durch die C.I.O. beherrschte, in den schlimmsten Gettos und Slums anzuwenden, um den am stärksten unterdrückten und ausgenutzten Wesen im ganzen Land die Kontrolle über ihre eigenen Stadtteile und ihr eigenes Schicksal zurückzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren eigentlich nur Fabriken und Industriezweige organisiert worden, um in ihnen einen sozialen Wandel herbeizuführen, aber nie ganze Stadtteile. Das war das Feld, das ich zu meinem machen wollte – Community Organizing für die Macht des Stadtteils und für radikale Ziele“ (Penta 2007, S. 25).

Es gelang ihm, unterschiedliche und bis dato auch gegnerische Gruppen (wie im Chicago der 1930er Jahre die katholischen Gemeinden und die überwiegend linke Arbeiterschaft) zusammenzubringen. Gemeinsam mit der Gewerkschaft C.I.O. kämpfte BYNC in den folgenden Jahren erfolgreich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bewohner. Dies bildete den Ausgangspunkt für eine bis heute anhaltende Tradition des Aufbaus von wie Alinsky es nannte „People’s Organizations“ oder „Community Organizations“. Die von Alinsky im Jahr 1940 gegründete „Industrial Areas Foundation“¹ begleitet bis heute über 50 solcher Community Organizations in den ganzen USA. In Deutschland arbeitet u.a. das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO)²

seit Anfang der 1990er am Aufbau solcher zu Deutsch „Bürgerplattformen“ (vgl. Penta 2007). Sie haben zum Ziel, Beziehungen zwischen unterschiedlichen Communities aus den Stadtteilen aufzubauen, so dass Menschen gemeinsame Interessen erkennen und sich für diese zusammen engagieren.

Bürgerplattformen – Bürger vor Ort sind Experten ihrer Lebenswelt

Solche Bürgerplattformen sind Zusammenschlüsse von ganz unterschiedlichen Menschen und Gruppen. Z.B. gründeten knapp 40 Gruppen die Bürgerplattform „Wir sind da!“ Wedding/Moabit, darunter Moscheegemeinden, Kirchengemeinden, soziale Einrichtungen und Selbsthilfegruppen. Nach zweijähriger Vorarbeit feierten sie im Jahr 2008 zusammen die offizielle Gründung ihrer Bürgerplattform, an der über 1.200 Menschen aus den Mitgliedsgruppen teilnahmen. In einem intensiven Prozess der Beziehungsbildung über ethnische, religiöse und soziale Grenzen hinweg haben die Mitglieder zusammengefunden und ihre Anliegen, Sorgen und ihren Ärger geteilt. So stehen an diesem Abend Vertreter aus den Mitgliedsgruppen mit arabischen, türkischen, polnischen, asiatischen, afrikanischen und deutschen Wurzeln auf der Bühne. Sie erzählen von ihren Erfahrungen und Problemen und davon, wie sie sich gemeinsam für die Verbesserung einbringen wollen. Politiker sitzen an diesem Abend im Publikum und hören den Menschen zu, anstatt zu ihnen oder über sie zu reden. Seither engagieren sich viele Menschen gemeinsam in der Bürgerplattform, sie lernen und handeln zusammen. Sie tun dies ehrenamtlich oder über ihre hauptamtliche Aufgabe in ihrer Gruppe hinaus. Ehrenamt, das bedeutet hier nicht nur zu helfen, sondern sich in die Gestaltung und Problemlösung, in die Stadtentwicklung also auch strukturell einzubringen – die vielfältigen Erfahrungen aus dem Gemeinwesen also selbstbewusst und mit einer starken Stimme auch im öffentlichen Diskurs zu vertreten.

Die Bürger vor Ort sind im Community Organizing die wichtigsten Experten für die Entwicklung der Gemeinwesen und Stadtteile. Schritt für Schritt geht es um Beziehungsaufbau, Stärkung von sozialem Kapital und neuen Handlungsräumen bei Bürgern. Menschen entdecken dadurch neben bekannten Unterschieden auch gemeinsame Interessen und geteilten Ärger – etwa über fehlende Kitaplätze, mangelnden sozialen Wohnraum, ungerechte Ärzteverteilung und vieles mehr. Daraus entwickeln sie in Zusammenarbeit gemeinsame Ideen für Verbesserungen. Durch viele Gespräche mit Mitgliedern aus den Gruppen und anderen Akteuren informieren sie sich systematisch über die Probleme und werden zu Experten für ihre Sache. Was soll sich ändern? Wer ist verantwortlich, wer entscheidet? Was braucht es? Wer sind Partner für die Sache? Was sind unsere Ressourcen, was können wir einbringen? Sie meckern also nicht nur, sondern entwickeln Lösungsvorschläge und verhandeln diese mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

¹ Weitere Informationen zu IAF unter [www. industrialareasfoundation.org](http://www.industrialareasfoundation.org).

² Weitere Informationen zu DICO unter www.dico-berlin.org.



Bürgerplattformen sind ein Weg, Demokratie in einer modernen Gesellschaft lokal zugänglich und lebendig zu machen – weil Community Organizing bei den Menschen und ihren Interessen ansetzt und über parteipolitisches Handeln hinaus führt. Von Parteivertretern bekommt man immer wieder zu hören: Wenn ihr euch engagieren wollt, dann tretet doch in eine Partei ein – gemeint ist natürlich in meine Partei. Aber dies ist eine verkürzte Vorstellung von Demokratie und im Zuge der Diskussionen um Bürgergesellschaft, sinkenden Mitgliederzahlen in allen Großorganisationen und schwindender Wahlbeteiligung nicht zukunftsfähig. Finanziert wird diese über Spenden und nicht über öffentliche Mittel. Etwa 20% tragen die Mitgliedsgruppen selbst durch Beiträge bei. Der Rest wird über Stiftungen oder lokale Unternehmen gespendet, die in diesem Engagement einen wichtigen Beitrag für die Stabilisierung von Zivilgesellschaft, Demokratie und des sozialen Zusammenhalts im Sozialraum sehen.



Abb. 1: Bürgerplattform Wedding/Moabit (Foto: Bürgerplattform Wedding/Moabit)

Community Organizer – Brückenbauer und Enabler

Begleitet werden die Bürgerplattformen durch sogenannte Community Organizer. Das sind hauptamtliche Professionelle, die für den Aufbau und die Arbeit von Bürgerplattformen die Methoden des Community Organizing einbringen. Eine davon bin ich. Als Organizer sind wir in erster Linie Beziehungsarbeiter. Jede Woche führen wir zahlreiche interessenerkundende Beziehungsgespräche mit Professionellen aus sozialen Einrichtungen, mit Verwaltungsmitarbeitern, Politikern, Unternehmen, Stiftern – vor allem aber mit den engagierten Menschen aus den zivilgesellschaftlichen Gruppen. Wir sind in den Gruppen, Organisationen und Wohnungen der Stadt unterwegs und sitzen nicht im Büro. In der Sozialen Arbeit nannte man das früher eine „Geh-Struktur“ statt einer „Komm-Struktur“. Wir gehen in die Stadtteile, gerade auch dorthin, wo es schwieriger ist. Und wir suchen Menschen, die ihre Stadtteile kennen, die Verantwortung tragen in ihren Gruppen,

Gemeinden und der Nachbarschaft. Menschen, die wichtige soziale Aufgaben übernommen haben oder über 30 Jahre im Kiez wohnen, engagiert sind und jeden kennen. Menschen, die „Schlüsselpersonen“ sind, weil sie das soziale Wissen ihrer Lebenswelt tragen und weil ihnen andere Menschen vertrauen. Es geht um eine klare „Ressourcenorientierung“, darum, ernst zu nehmen, was Menschen an Erfahrungen, Wissen und Visionen für das Zusammenleben haben. Als Organizer hören wir zu und bauen alles Handeln auf den Interessen der Menschen vor Ort auf. Die Erfahrung zeigt, dass Ergebnisse immer dann langfristig tragfähig sind, wenn die Betroffenen in die Lösungsfindung einbezogen sind. Dann sind Bürger auch bereit, Kompromisse mitzutragen. Als Organizer warten wir nicht, bis Menschen an solchen Prozessen von oben „beteiligt werden“, sondern ermutigen sie, sich für ihre Interessen selbstbestimmt einzusetzen und sich an allen Belangen des öffentlichen Lebens „zu beteiligen“ und für ihre Visionen gemeinsam einzusetzen.

Es geht zunächst um das „soziale Brückenbauen“ zwischen den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen im Gemeinwesen. Jedes Organisieren ist immer ein Re-Organisieren. Beim Aufbau einer Bürgerplattform trifft man natürlich zunächst auf gewachsene soziale Strukturen des Mit-, aber auch des Neben- oder Gegeneinanders. Wir suchen Schlüsselpersonen in den Gruppen und Gemeinden, die ebenfalls Brückenbauer und soziale Führungskräfte sind oder sein wollen. In Bürgerplattformen begegnen sich Menschen unterschiedlicher Religionen, Kulturen, Alters und Herkunft. Tragfähige öffentliche Beziehungen, das Verständnis für- und miteinander, sind die Basis für gemeinsames Handeln. Das braucht Zeit, viele Gespräche und gemeinsame neue Erfahrungen. Durch die Arbeit in den Teams der Bürgerplattform findet auch die Einübung von Perspektivwechseln und ein erster Interessenausgleich statt. Die eigenen Erfahrungen und Interessen werden im Kontext anderer Lebenswelten und der politischen und öffentlichen Infrastruktur reflektiert. Diese Form einer sich selbst organisierenden Zivilgesellschaft ist also auch etwas anderes als das oft sehr lautstarke Einbringen von bestimmten Eigeninteressen in den öffentlichen Diskurs durch einzelne Bürgerinitiativen oder Lobbygruppen.

In der Bürgerplattform findet schon vorab ein erster Interessenausgleich statt, der dann stärker gemeinwohlorientierte Interessen hervorbringen kann. Bei der Ausarbeitung einer neuen Platzgestaltung in Wedding/Moabit z.B. wurden durch die Bürgerplattform das Motto „Ein Platz für alle“ gewählt. Ausgangspunkt waren starke Konflikte zwischen der sich auf dem Platz aufhaltenden „Szene“ (insb. Drogen- und Alkoholsüchtiger), den Anwohnern, einer Kirchengemeinde und den Wochenmarktbetreibern am Platz. In den Mitgliedsreihen der Bürgerplattform fanden sich Vertreter all dieser Gruppen. So spielten der Selbsthilfeverein für Obdachlose und die Pfarrerin der Kirche eine besondere Rolle. Gemeinsam wurde daran gearbeitet, das Verständnis füreinander zu entwickeln und eine



gemeinsame Idee für die Neugestaltung des Platzes zu entwickeln, die allen Nutzergruppen Raum ließ.

Aufbau von Beteiligungsstrukturen

Nicht zuletzt geht es dann natürlich darum, das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik zu stärken. Mein Büro liegt am Soldiner Kiez in Berlin-Wedding. Bei der letzten Abgeordnetenhauswahl für Berlin haben sich hier gerade mal knapp 25% an der Wahl beteiligt – ganz zu schweigen von den vielen Menschen, die gar keine Wahlberechtigung haben. Manche haben zwar noch einen Bezug zu einigen Kommunalvertretern, spätestens auf Senatsebene herrscht jedoch viel Entfremdung, Misstrauen oder einfach Unverständnis – und das oft auf beiden Seiten. Bei dem Aufbau von lokalen Beteiligungsstrukturen geht es auch um den Aufbau von tragfähigen Beziehungen und neuem Vertrauen zwischen Bürgern und Politikern.

Im politischen Alltag, der sich in den Parlamenten, Gremien und Ausschusssitzungen abspielt, sind fast nur die „blichen Verdächtigen“ anzutreffen: Politiker, Führungskräfte aus Verwaltung, der Wirtschaft, den Verbänden und Sozialtrgern. Community Organizing setzt darauf, dass Betroffene und Schlüsselpersonen aus den Gemeinwesen auch selbst eine Stimme haben und mit dieser auch Teil der Lösungsfindung sein sollen. Menschen als Experten ihrer eigenen Sache anzusehen und sie darin zu bestärken, diese Rolle auch einnehmen zu können, ist eine professionethische Grundlage. Diese Haltung, oft als Empowerment bezeichnet, bezieht sich sowohl auf die individuelle Stärkung und Entwicklung von Menschen, aber auch auf ein strukturelles Empowerment der lokalen Zivilgesellschaft, ihrer Zusammenarbeit und Mitwirkungsfhigkeit im demokratischen Gemeinwesen.

Intermediaritt als Unterstützer

Intermediaritt bedeutet in diesem Kontext nicht Sprachrohr oder neutraler Vermittler zu sein. Es geht darum, Menschen zu unterstützen, ihre eigene Rolle als mündige und selbstbestimmte Bürger für die Entwicklung ihrer Städte einzubringen. Jürgen Habermas hat einst das Verständnis einer deliberativen Demokratie stark gemacht. Im Diskurs soll sich das stärkste Argument durchsetzen. Nur in der Realität sitzen erstens viele Menschen gar nicht an den Entscheidungstischen, sie können ihre Stimme also nicht in den Diskurs einbringen oder werden nicht gehört. Oder andere Diskursteilnehmer sind einfach durch Status, Macht und Tradition im Vorteil, sie werden ihre Interessen effektiver durchsetzen. In der Stadtentwicklung ist dies ganz konkret bei vielen infrastrukturellen Themen zu beobachten. Als Intermediärer im Kontext der Bürgerplattformen geht es auch immer darum, diejenigen Diskursteilnehmer zu stärken, die sonst weniger Chancen haben, Einfluss zu nehmen. Sie gehören dann eben auch nicht zu den „blichen Verdächtigen“ auf zivilgesellschaftlicher Seite. Also nicht nur

– statistisch gesprochen – wer studiert hat, muttersprachlich deutsch und Mann ist, kann strukturell mitdenken und Partner für Politik und Verwaltung sein. Im Stadtteil sind viele Partner und Experten zu finden. Als Organizer nehmen wir uns die Zeit, diese aufzusuchen und sie für ein gemeinsames Engagement für ihre Visionen zu ermutigen und zu unterstützen.

Demokratie, das ist dann mehr als das Geschäft von ein paar Politikern und Profis. Es ist mehr als eine Herrschaftsform. Es wird zur Lebensform und -praxis. Natürlich gibt es in einer modernen, hochdifferenzierten und globalisierten Gesellschaft Bereiche, die der direkten Verfügungsgewalt für solche Beteiligungsformen entzogen sind. Aber es gibt genügend öffentliche Gestaltungsfragen, die von diesen partizipatorischen Impulsen profitieren können. Dies fordert sowohl Bürger als auch Politik und Verwaltung heraus.



Abb. 2: Volles Haus bei der Bürgerplattform Wedding/Moabit (Foto: Bürgerplattform Wedding/Moabit)

Als NGO haben wir hierbei den Vorteil, nicht an die Verwaltungslogiken oder politische Weisungsbefugnisse gebunden zu sein. Wir können unser Handeln an den Interessen und Bedarfen der Communities ausrichten. Natürlich ruft das auf der anderen Seite insb. von der öffentlichen Hand immer die Frage hervor: Und wer gibt euch den Auftrag dafür, braucht es das überhaupt? Die Praxis spricht für sich selbst. Es gibt genügend Menschen und Gruppen, die das Interesse haben, eigene Beteiligungsstrukturen aufzubauen und sich „bottom-up“ als zivilgesellschaftliche Stimme mit anderen Partnern zu organisieren und nicht nur „top-down“ durch formalisierte Wege „beteiligt zu werden“. Und natürlich ist eine solche Form des Organisierens immer auch im Werden, muss sich durch die lokalen Strukturen und Menschen mit Leben fllen und jeweils lokal ausprägen. Es geht auch bei uns nicht darum, ein vorgefertigtes (amerikanisches) Konzept einfach abzukupfern. Es geht darum, an die Traditionen von Selbstorganisation und Selbstbewusstsein im Lokalen anzuknüpfen – ob in den Kirchen- und Moscheegemeinden oder den Nachbarschaftszentren und Gewerkschaften – und diese zu stärken und kreativ weiterzuentwickeln.



Einmischen in die Berliner Wohnungspolitik

Ganz aktuell bedeutet das etwa für Berlin, die Zivilgesellschaft für die Entwicklung des Wohnungsbaus anders mitzunehmen. Da reichen die bislang vorgesehenen formalen „Beteiligungsverfahren“ schon lange nicht mehr aus. Da geht es vielmehr um die Entwicklung einer gemeinsam tragfähigen Vorstellung von sozialer Stadtentwicklung. Bisher erleben wir auf der einen Seite eine Wohnungspolitik, die wenig auf die Bedarfe und Interessen der Bürger eingeht, und andererseits Bürger, die mit einer NIMBY-Haltung jedes neue Bauvorhaben blockieren. Zuletzt hat der vorbereitete Volksentscheid des Mietenbündnisses gezeigt, dass viele Bürger eine andere Wohnungspolitik wollen. Die Situation ist angespannt, jährlich müssten über 20.000 Wohnungen gebaut werden, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Und der Zuzug in diesem Jahr von möglicherweise bis zu 80.000 Flüchtlingen bringt für die Hauptstadt weitere Herausforderungen.

Die Frage, wer kann es sich wo noch leisten zu wohnen, wird in einer Mieterstadt wie Berlin auch nachhaltige Folgen für Integration und den sozialen Zusammenhalt haben. Neben strukturellen Wohnungsbauanreizen wird es auch darum gehen, weitere Formen der Zusammenarbeit von öffentlichem Wohnungsbau, privaten Investoren sowie Bürgern und Baugruppen zu entwickeln. Hierfür arbeiten die Bürgerplattformen in Berlin Konzepte aus, die einerseits aus den kleinteiligen sozialen Bezügen und Beziehungen der Menschen entstehen, andererseits jedoch langfristig die Entwicklung des Wohnungsbaus auch strukturell voranbringen und Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen unter deren Beteiligung sichern soll. Dies bedarf einer vielfältigen intermediären Kommunikationsstruktur. Denn Wirtschaft und Wohnungswirtschaft haben ihre Eigenlogiken ebenso wie Politik und Zivilgesellschaft. Dennoch bieten gemeinsame Lösungsansätze und Zusammenarbeit langfristig die größten Chancen für eine soziale und gerechte Stadtgesellschaft und dafür, den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu bewahren.

Christiane Schraml

seit 2011 Community Organizerin für das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) – Organizerin für die Bürgerplattform „Wir sind da!“ Wedding/Moabit in Berlin

Quellen:

Der Tagesspiegel (2015): „Selfie mit dem Bürgermeister“, vom 08.06.2015, verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/michael-mueller-trifft-berliner-buergerplattformen-selfie-mit-dem-buergermeister/11888502.html>.

Betten, Neil/Austin, Michael J. (Hrsg.) (1990): The Roots of Community Organizing 1917-1939. Philadelphia: Temple University Press.

Alinsky, Saul D. (1989): Rules for Radicals. A Practical Primer for Realistic Radicals, Erstausgabe 1971, New York: Vintage Books.

Alinsky, Saul D. (1991): Reveille for Radicals, 2. aktualisierte Auflage, Erstausgabe 1946, New York: Vintage Books.

Penta, Leo (Hrsg.) (2007): Rebell trifft „Playboy“. Saul Alinsky im Gespräch mit Eric Norton, Hamburg: Körber-Stiftung, S. 25.

10. vhw-Bundesrichtertagung

Aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Städtebau-recht

Montag, 30. November 2015 in Bonn

Für Praktiker im Bereich des Städtebaurechts ist die höchstrichterliche Rechtsprechung von ausschlaggebender Bedeutung. Wegen der zunehmenden Ausdifferenzierung der städtebaulichen Aufgaben und der damit einhergehenden häufigen Novelierungen des öffentlichen Baurechts gerät die Entscheidungsfindung im Berufsalltag häufig zur „Zitterpartie“. Bereits zum 10. Mal organisiert der vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung die Fachveranstaltung im Wissenschaftszentrum Bonn. Den Teilnehmern der vhw-Bundesrichtertagung bietet sich damit wieder die Gelegenheit, sich frühzeitig aus erster Hand über die wichtigsten aktuellen städtebaurechtlichen Fragen und Entscheidungen zu informieren und diese mit den anwesenden Richtern des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts zu erörtern.

Auf der Tagung werden Entscheidungen u.a. zu folgenden Schwerpunkten behandelt:

- der Bauleitplanung,
- der Vorhabenzulassung im Planbereich, im unbepflanzten Innenbereich und im Außenbereich,
- des Besonderen Städtebaurechts,
- des Genehmigungsverfahrens,
- des Raumordnungsrechts und
- des Prozessrechts.

Ihr Referentin:

Dr. Andreas Decker, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Günter Halama, Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., bis 2006 Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Dr. Christoph Külpmann, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Helmut Petz, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Tagungsort:

Wissenschaftszentrum Bonn
Ahrstraße 45, 53175 Bonn
Telefon: (0228) 302219

Tagungsgebühren:

350,00 Euro für Mitglieder d. vhw
415,00 Euro für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

030/390473-420 oder unter www.vhw.de